

Keine Neonazis im Bezirk 2  
LINKE unterstützt BVV-Antrag

Nachnutzung TXL 3  
LINKE macht erste Vorschläge

## Wir zahlen nicht für eure Krise! - für eine solidarische Gesellschaft!

Der Kapitalismus steckt in seiner schlimmsten Krise seit 1929. Sie hat verschiedene Gesichter: die Beschleunigung des Klimawandels, Kriege um den Zugang zu Rohstoffen, Hungerrevolten, Finanzmarkt-Crash und Rezession. Ausgehend von den Industrieländern wird auch der globale Süden hart getroffen: noch weniger Mittel für Klimaschutz und Entwicklung, noch härtere Konkurrenz um Märkte und Profit. Millionen Menschen verlieren ihre Arbeit, ihre Wohnungen und ihre Lebensperspektiven.

### Zeit für Systemwechsel - Für eine solidarische Gesellschaft

Die Entfesselung des Kapitals und der erpresserische Druck der Finanzmärkte haben sich als zerstörerisch erwiesen. Ein anderes Weltwirtschaftssystem ist nötig. Eines, das Mensch und Natur dient; das auf den Prinzipien globaler Solidarität, ökologischer Nachhaltigkeit und demokratischer Kontrolle aufbaut. Dazu gehört, dass Bildung, Gesundheit, Alterssicherung, Kultur und Mobilität, Energie, Wasser und Infrastruktur nicht als Waren behandelt werden, sondern als gesellschaftliche Leistungen, die allen Menschen zur Verfügung stehen müssen.

### Die Reichen und Profiteure sollen zahlen

Wir wollen, dass die Verursacher der Krise zur Kasse gebeten werden. Das

globale private Geldvermögen hat im Jahr 2007 die Summe von 105 Billionen Dollar erreicht und ist in acht Jahren um 50 Prozent angestiegen. Das ist das Ergebnis einer massiven Umverteilung von Unten nach Oben, von Süd nach Nord, von den BezieherInnen von Lohn- (Ersatz-)einkommen zu den Kapital- und Vermögensbesitzern.

### Menschen vor Profite

- Für umfangreiche Investitionsprogramme in Bildung, Umwelt- und Klimaschutz, öffentliche Infrastruktur und Gesundheit.

- Für einen sozialen Schutzschirm für Beschäftigte, Erwerbslose und RentnerInnen: armutsfester gesetzlicher Mindestlohn. Weg mit Hartz IV und Agenda 2010.

- Für die demokratische Ausrichtung von Wirtschaft und Banken. Der

private Bankensektor muss gesellschaftlich kontrolliert...werden.

- Dafür, dass die Profiteure die Kosten der Krise bezahlen: Mit einer Sonderabgabe auf große Vermögen, und einer Millionärssteuer.

- Die Krise darf nicht auf die Menschen des globalen Südens und die Natur abgewälzt werden.

**28. März 2009 -  
Aktionstag zum Welt-  
Finanz-Gipfel, im Rahmen  
der globalen  
Aktionswoche gegen  
Krise und Krieg**

**12 Uhr am Roten Rathaus,  
ab 14 Uhr Kulturprogramm  
und Abschlusskundgebung  
am Gendarmenmarkt**



Auszüge aus dem  
Aufruf zur  
Demonstration

Mehr Infos und den  
gesamten Aufruf  
unter:  
[www.28maerz.de](http://www.28maerz.de)  
und  
[www.kapitalismus.org](http://www.kapitalismus.org)

### Arbeitsplätze sichern!

Die Weltwirtschaft befindet sich im freien Fall, und das Ausmaß der Bankenrisiken ist immer noch unklar. Die deutsche Wirtschaft wird in diesem Jahr um vier bis sechs Prozent schrumpfen, und der Anstieg der Erwerbslosenzahlen auch in Reinickendorf hat erst begonnen.

Unideologisch betrachtet, ist die zumindest vorübergehende Übernahme des Kreditsektors in öffentliche Verantwortung das Ge-

bot der Stunde. Nur so lässt sich sicher stellen, dass der Geldfluss wieder in Gang kommt, nicht länger Geschäfte außerhalb der Bücher, mit Steueroasen und Schrottpa-



pieren getätigt werden, die Steuerzahler an Gewinnen beteiligt, Zinssenkungen weitergegeben und Steuergelder sparsam eingesetzt werden.

Die Hartz-Gesetze sind unsozial. Ihre ökonomische Widersinnigkeit sollte jetzt selbst dem ideologisch Verblendeten offenbar werden. Wer Arbeitsplätze sichern will, muss Nachfrage befördern: durch eine Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze, der Renten und Löhne - und ein Konjunkturpaket, das den Namen verdient.

Von *Felix Lederle*, Wahlkreis-kandidat der Reinickendorfer LINKEN für den Bundestag

## Kein Platz für Neonazis in Reinickendorf

**LINKE ruft zum Widerstand gegen dreiste Provokation auf**

Zum zweiten Mal nach 2006 wollen Neonazis Reinickendorf heimsuchen. Am 4. bzw. 11. April 2009 will die NPD ihren Bundesparteitag im Fontane-Haus oder Ernst-Reuter-Saal im Rathaus abhalten. „Das ist unerträglich!“ erklärte der Bezirksvorsitzende der Reinickendorfer LINKEN, **Yusuf Dogan**, gegenüber der Presse. Gemeinsam mit anderen Demokraten und Antifaschisten unseres Bezirkes werde die LINKE energischen Widerstand gegen den dreisten Aufmarsch der Neonazis leisten.

### Rechtsextremismus auch im Alltag bekämpfen

Angesichts solcher Provokationen verstärkte sich die Forderung, die NPD zu verbieten, stellte der Wahlkreis kandidat der LINKEN für die Bundestagswahlen, **Felix Lederle**, fest. Dazu müssten die V-Leute im Verfassungsschutz, also gekaufte Agenten und bezahlte Provokateure endlich zurückgezogen werden. Wichtiger noch sei die inhaltliche Auseinandersetzung mit Erscheinungen von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit, wie sie im Alltag unseres Landes allorts zu beobachten sind.

### DIE LINKE Reinickendorf unterstützt BVV-Beschluss

Die BVV Reinickendorf hat am 4. März das Bezirksamt aufgefordert, der NPD keine bezirkseigenen Räume zu überlassen. „Die LINKE Reinickendorfs - so Yusuf Dogan - begrüßt und unterstützt diesen Beschluss“. In der Begründung des Antrages unterstrich Anke Petters, Fraktionsvorsitzende B90/Grüne, es sei demokratische Pflicht, Widerstand zu leisten. Gefordert seien nicht nur die Parteien in der BVV, sondern auch Vereine, Verbände, Kirchen.

Das Bezirksamt hat inzwischen beschlossen, nur noch in der BVV vertretenen Parteien bezirkseigene Räume zur Verfügung zu stellen.

### WIR dokumentiert:

#### Keine NPD in bezirkseigenen Räumen

Die BVV Reinickendorf bekennt sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und damit zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sowie der Verfassung von Berlin. Für die BVV Reinickendorf gilt das Prinzip des friedlichen Miteinanders in unserer Gesellschaft, unabhängig davon, welcher Ethnie, Religion oder demokratischen Partei die Bürgerinnen und Bürger des Bezirkes angehören.

Die BVV Reinickendorf vertritt die Auffassung, dass die NPD gegen diese einleitend genannten Grundsätze arbeitet und damit politisch als Verfassungsfeind tituliert werden kann. Deshalb erklärt die BVV, dass es keinen Platz für die NPD in bezirkseigenen Räumen geben darf.

Die BVV Reinickendorf fordert das Bezirksamt auf, umgehend einen Beschluss zu fassen, damit Veranstaltungen der NPD, zumal solche mit bundes- oder berlinweitem Charakter, in bezirkseigenen Räumen nicht stattfinden können.

(Drs.-Nr.: 0778/XVIII)

## BVV-Splitter

27. Sitzung, 11.2./4.3.2009

Die Sitzung unseres Bezirksparlaments hatte noch gar nicht richtig begonnen, da war sie schon unterbrochen. Was bewegte die Gemüter?

Tagesordnungspunkt (TOP) 1 ist für „Mitteilungen und ggf. Anerkennung von Dringlichkeiten“ bestimmt. In jahrelang bewährter Praxis werden Dringlichkeitsanträge (DA) im Ältestenrat zwei Tage vor der BVV-Sitzung eingereicht oder angekündigt, so dass sich Fraktionen und Bezirksamt (BA) zu den aufgeworfenen Fragen eine Meinung bilden können. Der Februarsitzung lagen acht DA vor, deren Dringlichkeit von der BVV bestätigt und die in die TO einsortiert wurden. Alles wie gewohnt. Eine Ausnahme: Die CDU überraschte die BVV mit einem DA, der vom Vorsteher verlesen und von wütenden Angriffen ihres Fraktionsvorsitzenden gegen Jugendstadtrat Senftleben begleitet wurde.

Um 19:30 Uhr wurde TOP 2 „Einwohnerfragestunde“ aufgerufen. Yusuf Dogan, Bezirksvorsitzender der Reinickendorfer LINKEN, erkundigte sich, ob „eine Erklärung der CDU-Bezirksbürgermeister und -Stadträte Berlins vom 21. Januar 2009 auf die homepage des Bezirkes Reinickendorf gehört?“ Für das BA bestätigte der stellvertretende Bezirksbürgermeister, besagte Presseerklärung sei keine des BA und gehöre deshalb auch nicht auf dessen Homepage. Heuchlerisch gab der CDU-Fraktionsvorsitzende dem Fragesteller ebenfalls Recht, verlas die Erklärung der Bürgermeisterin und pries diesen Missbrauch als „Wahrnehmung ihrer Verantwortung“.

Am 4. März traf sich die BVV zu einem „Sondertermin zur Fortsetzung der Behandlung der Tagesordnungspunkte vom 11.2.2009“.

Eine Große Anfrage, wie das BA die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung von minus ca. 6 Prozent für Reinickendorf bewerte, welche Handlungsnotwendigkeit das BA für die jeweiligen Ortsteile sehe und wie es in Zukunft Familien nach Reinickendorf ziehen wolle (Drs.-Nr.: 0178/XVIII), versuchte Stadtrat Ruschin (CDU) mit Aussagen über „Prognosen als reine Spekulation“ und im Bezirk sei „alles in guten Händen“ abzutun. B90, FDP und SPD wiesen die „rudimentäre Antwort“ zurück und skizzierten die Entwicklung einer „Initiative kinderfreundliches Reinickendorf“ (FDP). F.W.

BERLIN  
GEGEN NAZIS



Mehr Infos zu kommunalen Themen und der BVV unter:

[www.die.linke.reinickendorf.de/kommunales/](http://www.die.linke.reinickendorf.de/kommunales/)

### „Öffne dir die Stadt!“

Ob Tierpark oder Bibliothek, Hertha BSC oder Schwimmbad, Berlin-Ticket S oder Philharmonie und vieles andere mehr - mit dem neu eingeführten „berlinpass“ können Menschen mit geringem Einkommen seit Anfang Januar leichter am gesellschaftlichen und kulturellen Leben Berlins teilhaben.

Der Pass ist ein „Kind“ von Rot-Rot, nicht der Arbeitsagentur. Es ist ein sozialpolitisches Mittel und soll

helfen, soziale und kulturelle Isolation zu vermeiden. Er wird deshalb, mit Zustimmung des Rates der Bürgermeister, in den Bürgerämtern der Bezirke ausgegeben.

Der Reinickendorfer Bezirkstadtrat Ruschin (CDU) nörgelt, wird damit nicht fertig. Er provoziert und produziert durch gegensätzliche Presseerklärungen zusätzliche Wartetlagen und den Missmut derjenigen, denen das soziale Angebot zu Gute kommen soll. Politisches Kalkül oder bloß Unfähigkeit? A.B.

# FH Tegel nachhaltig nutzen

## LINKE Reinickendorf unterbreitet erste Vorschläge

Mit ersten Vorschlägen für ein mögliches Nachnutzungskonzept des Flughafengeländes Tegel (TXL) hat sich der Bezirksvorstand der LINKEN Reinickendorf im Februar an die Öffentlichkeit gewandt.

„Nachhaltig agieren und sozial-ökologisches Denken fördern – der Klima- und energiepolitischen Verantwortung gerecht werden“ ist das Papier überschrieben, das sich als „Plädoyer für einen Ideen- und Innovationspool“ versteht. Ausgehend von der 1. Standortkonferenz der Senatsverwaltung hält der Bezirksvorstand „die Denkanregungen von Prof. von Gerkan grundsätzlich für richtig und richtungsweisend, hat diese...aufgegriffen, teilweise konkretisiert und mit ergänzenden Vorschlägen unterlegt“.

### Nachhaltige Nutzungskonzepte

Denkbare Nutzungskonzepte sollten u. a. Raum für Forschungsprojekte für eine (Weiter-)Entwicklung auf den Gebieten der erneuerbaren Energien, neue und ökologische Fahrzeugantriebe und Plus-Energie-Häuser bieten.

Ein Teil des Geländes sollte renaturiert werden. Auch über Eigentumsformen, die eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung befördern, müsse nachgedacht werden.

### Transparente Planung

Verwiesen wird auf den Prozess der Lokalen Agenda 21, der eine nachhaltige Stadtentwicklung als aktive Gestaltungsaufgabe für politische Entscheidungen auch auf kommunaler Ebene sieht. Eine möglichst

breite öffentliche Diskussion soll die Transparenz des Planungsprozesses sicherstellen.

Eine umfassende thematische Integration, d. h. die Verknüpfung von ökonomischen, ökologischen und sozialen Problemen soll den politischen Prozess fördern. Fördermöglichkeiten werden aufgezeigt.

### Klimawandel ernst nehmen

Niemand kann davon ausgehen, dass Mensch so weitermachen kann wie bisher. Berlin soll „ein Zeichen setzen“. „Städte spielen die Hauptrolle bei der Klimaveränderung, sind dabei selbst Hauptbetroffene.“ Ein ökologisches „Nachnutzungskonzept TXL“ könnte richtungsweisend sein. Es geht nicht nur um Energie- und Umweltpolitik, wir stehen vor einem Jahrhundert der Gewalt- oder der Nachhaltigkeit.

### Systemfrage drängt sich auf

„Kein Wirtschaftssystem kann Bestand haben, das immer nur Wachstum zur Voraussetzung hat und die Lebensgrundlagen unserer Erde zerstört ... Ein System, das nur auf Mehrverbrauch, Umsatz- und Gewinnsteigerung orientiert ist, kann die ökologische Frage nicht lösen“ (Oscar Lafontaine). Zeit zu verlieren, wäre ein Fehler. Daher wird am 16. März im Roten Laden ein öffentliches bezirkliches Forum angeboten, um Chancen überparteilicher Zusammenarbeit auszuloten.

Die Vorschläge der Reinickendorfer LINKEN sind auf der Homepage einzusehen und stehen als Download zur Verfügung. *J. Schimrock*

## Armutszeugnis für das Bezirksamt

In einem BVV-Beschluss vom 5. April 2006 (!) wurde „das Bezirksamt ersucht, bis zum 30. September 2007 einen ersten Entwurf eines Nachnutzungskonzeptes für die Flächen des Flughafens Tegel vorzulegen...“. Dieser Entwurf sollte dann als Diskussionsgrundlage für einen offenen Dialog mit den Bürgern dienen.

Unter Verweis auf eine „regelmäßig erfolgte Berichterstattung im Bauausschuss“, die inhaltsleerer nicht hätte sein können, bekamen die Verordneten „schon“ am 12. Februar 2009 (!) eine ebenso peinliche wie fantasielose Antwort.

Verwiesen wird auf die Verfahrensführung und Aktivitäten der, sonst so gescholtenen, Senatsverwaltung und den „Anfang eines zugegebenermaßen langen Prozesses“. Es „befindet sich das gesamte Verfahren Nachnutzung Tegel erst in einem Ideenfindungsprozess, so dass keine konkreten Nachnutzungskonzepte derzeit vorhanden sind. Das Bezirksamt ist an dem von der Senatsverwaltung durchgeführten Prozess beteiligt...“. Dort wolle man sich einbringen. Mit einem „intensiven Abstimmungsprozess“ wäre „nach der derzeitigen Terminplanung...Ende 2009 zu rechnen“.

Man hätte es auch anders und kürzer ausdrücken können: „Wir haben in den vergangenen fast drei Jahren nichts getan.“ Ein Armutszeugnis, wird doch inzwischen überall über Nachnutzungskonzepte für das Flughafengelände nachgedacht.

Oder hängt man auch im Bezirksamt noch der Illusion des Weiterbetriebes nach? *H. Jusch*

„Wir müssen mehr zur Ökonomie des Klimawandels sagen, zur Anpassung und zur Vermeidung ... Die Finanzkrise und die Klimakrise sind beides Krisen der Nachhaltigkeit ... Handle so, dass du die Grundlagen deines Handelns nicht zerstörst. Dieser Satz der Ethik gilt für die Wirtschaft ebenso wie für das Klima ... Einen Zielkonflikt zwischen Arbeitsplätzen und Klimaschutz sehe ich nicht. Im Gegenteil.“ *Ottmar Edenhofer, Potsdam Institut für Klimaforschung*

## Wir brauchen keine „Schlacht um Tegel“

Eberhard Diepgen will den Flughafen Tegel offen halten, und Marlies Wanjura reibt sich genüsslich die Hände ... Der politisch Denkende fragt sich: Die wissen das doch besser?! Tegel wird zugemacht, wenn BBI in Schönefeld ans Netz geht. Das ist unabänderlich! Das hat Diepgen selbst 1996 mit dem „Konsensbeschluss“ unterschrieben und das Bundesverwaltungsgericht 2006 bestätigt ...

Und unsere Reinickendorfer Bürgermeisterin mit ihrer Kirchturnpolitik versucht es auch noch mal. Für sie waren noch nie die Interessen der Zehntausenden, die in der Einflugschneise von Tegel leben und

durch den Flugverkehr mit seinem Lärm- und Gefahrenpotential direkt betroffen sind, Ausgangspunkt ihrer Politik.

Die Reinickendorfer LINKE bekräftigt: Es ist gut, dass der innerstädtische Flughafen Tegel bald geschlossen wird. Es ist höchste Zeit, dass die Diskussion um die Nachnutzung des Flughafengeländes intensiviert und die Bürgerinnen und Bürger unseres Bezirkes in die Ideensuche einbezogen werden. Die LINKE wird dazu ihren Beitrag leisten.

**Yusuf Dogan,**  
Bezirksvorsitzender der  
Reinickendorfer LINKEN



# Bleibendes Gedenken für Reinickendorfer Antifaschisten

## Acht neue Stolpersteine im Bezirk verlegt

Am 6. März wurden vom Künstler Gunter Demnig in Reinickendorf acht neue Stolpersteine für Opfer der Nazibarbarei verlegt.

Sie sind folgenden Widerstandskämpfern gewidmet:

**Franz Pieper**, Emmentaler Str. 101; Mechaniker; AEG Reinickendorf; geb. 14.9.1904 in Berlin; hingerichtet am 13.4.1945 im Zuchthaus Plötzensee;

**Heinz Drzymala**, Gamsbartweg 12; Arbeiter; Teves-Werke Reinickendorf; geb. 17.2.1918 in Berlin; hingerichtet am 27.11.1944 im Zuchthaus Brandenburg/Görden;

**Friedrich Nitschke**, Lindauer Allee 17; Feinmechaniker; Besitzer einer kinotechnischen Werkstatt; geb. 27.2.1906 in Staßfurt; hingerichtet am 29.1.1945 im Zuchthaus Brandenburg/Görden;

**Pauline Schmidt**, Lengeder Str. 8; Heimarbeiterin; Hausfrau; geb. 29.3.1888 in Neuhof bei Feldberg; gestorben am 13.2.1945 an den Haftfolgen;

**Karl Fübinger**, Spießweg 2; Maschinenbauer; Teves-Werke Reinickendorf; geb. 23.11.1900 in Hof; hingerichtet am 29.1.1945 im Zuchthaus Brandenburg/Görden;

**Hans Schulz**, Ernststraße 94; Dreher; Fa. Ludwig Loewe; geb. 27.7.1898 in Berlin; hingerichtet am 20.4.1945 im Zuchthaus Brandenburg/Görden;

**Walter Zimmermann**, Werdohler Weg 11; Feinmechaniker; Askania-Werke AG; geb. 8.2.1910 in Berlin; hingerichtet am 3.1.1945 im Zuchthaus Brandenburg/Görden;

**Dr. Fritz Ausländer**, Erholungsweg 14; geb. am 24.11.1885 in Königsberg; Mitglied des Berliner Magistrats und Abgeordneter des Preußischen Landtags; nach zweifacher KZ-Haft am 21.5.1943 Selbstmord in Berlin.



Bis auf den Bildungspolitiker Fritz Ausländer gehörten die Geehrten der Saefkow-Jacob-Bästlein-Widerstandsgruppe an. Der Stolperstein für ihn wurde vom VVN-BdA Reinickendorf und der LINKEN Reinickendorf finanziert. Vertreter beider Organisationen waren bei der Verlegung und bei der zentralen Gedenkfeier anwesend.

Stellvertretend für alle Opfer hielt die **AG Stolpersteine Reinickendorf** in der Ernststraße 94 am Stolperstein für Hans Schulz in Anwesenheit seiner Tochter eine Gedenkfeier mit musikalischer Umrahmung ab. Dort nahmen ca. 50 Bürgerinnen und Bürger sowie Vertreter des Bezirksamts und der BVV teil.

In einer kurzen Ansprache erinnerte Bezirksbürgermeisterin Wanjura (CDU) an die Aktualität antifaschistischen Engagements und rief zur Teilnahme an der Kundgebung gegen den geplanten NPD-Bundestag im April im Fontanehaus auf.

Lutz Dühr

## Am Rande

### Der Senator grinst

Frau S. vertritt jene Partei im Berliner Abgeordnetenhaus, die sich als *das letzte ordnungspolitische Rückgrat dieser Stadt* versteht. Sie hat einen redegewaltigen Fraktionsvorsitzenden, der nichts so sehr verabscheut wie Selbstherrlichkeit. *Die normalen Bürger, die Arbeitnehmer* wissen den aufrechten Demokraten an ihrer Seite, weshalb er *Hilfe für Opel strikt ablehnt* (im Protokoll: Beifall des Abg. Steffel). *Vernünftige, systemrettende Teilverstaatlichung* ist sein Credo. VEB Opel, „DDR light“-igittigtigt. Wo bleibt die Freiheit, Frau Merkel?

Frau S. hat's auch nicht leicht. Sie muss sich mit *Brandbriefen, gelegten Eiern, Pisa- und IGLU-Studien, abgefahrenen Zügen, Lehrerfeuerwehren, zwangsverordnetem Einheitswertefach, schubladisiertem Modellversuch, unausgegorenen Strukturreformen*, kurz - einer *Katastrophe* befassen. Das nervt. Dabei will sie doch auch so sehr *die Abkoppelung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg*. Es darf bloß nicht konkret werden...Übrigens, seitdem ihre Partei da mitmischen darf, hat *Bayern innovative Elemente im Koalitionsprogramm -einen gemeinsamen Weg von Haupt- und Realschulen. Der Berliner SPD-Senator grinst und nickt*. Sie wertet das als Zustimmung.

War da nicht noch was? Ach, ja, die Zurufe - ihre schärfste Waffe im Parlament. Eine kleine Auswahl gefällig? *„Gut so!“, „Ach!“, „Danke!“, „Doch!“, „Die Hälfte von 16 ist 8!“, „Richtig!“, „Warum denn nicht?“, „Lächerlich!“, „Nein!“* und einhundertneun weitere.

Dieser Tage kursiert in anderen Fraktionen die Idee, einen Gesetzentwurf zur Regressnahme an Abgeordneten wegen gestohlener Zeit (Abgeordnetenzurufregressgesetz) einzubringen. Wie man hört, verweigerte Frau S. bisher jeden Zuruf.

(kursiv: aus Protokollen des Abgeordnetenhauses) Reineke

## Termine

**30. März 2009, 18 Uhr:** Öffentliche Mitgliederversammlung der LINKEN Reinickendorf: **Schulreform(en) in Berlin** - welche Schulform wird einem fortschrittlichen Bildungsanspruch gerecht? Mit **Sebastian Schlüsselburg**, Mitglied des Landesvorstandes DIE LINKE Berlin

Der Künstler Gunter Demnig im Gespräch mit zwei Schülerinnen



Fotos: Yusuf Dogan

**Impressum**  
Herausgegeben vom Landesvorstand Berlin der Partei DIE LINKE., V.i.S.d.P.: Yusuf Dogan

**Wir in Reinickendorf** wird vom Bezirksverband finanziert.

**Spenden** sind ausdrücklich erwünscht: DIE LINKE, Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.

### Hier finden Sie uns:



### Roter Laden

Schloßstraße 22  
13507 Berlin-Tegel  
Öffnungszeiten:  
Mo - Do 14.00 bis 18.00 Uhr  
Di u. Do 11.00 bis 13.00Uhr  
Tel.: 4373 2630  
Fax: 4373 2632  
e-mail:  
redaktion@die-linke-reinickendorf.de